

## 1968 in der DDR erlebt und aus den neuen Bundesländern gesehen

Sehr geehrte Damen und Herren,  
nachdem wir in den letzten 2 Tagen sehr viel über die 68-er Bewegung im Westen gesprochen und diskutiert haben, möchte ich Sie mit meinem Beitrag jetzt in den Osten entführen. Denn in diesem Jahr gab es auch sehr aufregende Ereignisse, nur sind sie in einem völlig anderen Kontext entstanden und haben nur sehr mittelbar mit den westlichen zu tun.

Was beide jedoch miteinander verbindet, ist die Suche nach einer höheren Glaubwürdigkeit und größeren Lebensqualität im gesellschaftlichen Zusammenleben, auch wenn die Triebkräfte dieses Prozesses sehr unterschiedlich waren, die ihn vorantrieben.

Wer das Jahr 1968 aus der DDR - Perspektive erinnert, dem fällt als erstes der Prager Frühling in der CSSR und seine jähes Ende am 21. August durch den Einmarsch der Warschauer Paktstaaten ein. Denn mit diesem Ereignis waren sehr intensive und z.T. auch traumatische persönliche Erfahrungen verbunden: zunächst große Hoffnungen und schließlich bitterste Enttäuschungen. Sie haben sich tief in das kollektive Gedächtnis der DDR - Bevölkerung eingegraben.

Wie kam es dazu?

Am 5. Januar 1968 wählte das Zentralkomitee der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei den 47-jährigen Slowaken Alexander Dubcek zum Parteivorsitzenden. Mit seiner Wahl wurde ein qualitativer Richtungswechsel in der Politik eingeleitet.

Er umfasste drei Schwerpunkte:

Zum ersten ersetzten in der Wirtschaft wichtige Elemente der Marktwirtschaft und mehr Eigenverantwortung die bisherige sture Planwirtschaft.

Zum anderen zogen Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie mehr und mehr im politischen Alltag ein. Vor allem Schriftsteller, Regisseure und Professoren waren die treibenden Kräfte dieser Entwicklung. In dem Manifest der "2000 Worte" fanden diese Forderungen ihre öffentliche Plattform. Es war ein leidenschaftlicher Aufruf an die tschechoslowakischen Landsleute, sich noch intensiver als bisher in die eigenen Angelegenheiten einzumischen. Dieses Manifest löste eine echte Volksbewegung für Freiheit und Demokratie aus.

Zum dritten begann dieser Staat, sich eine föderale Struktur zuzulegen, damit es endlich zu einem gleichberechtigten Nebeneinander von Tschechen und Slowaken kommt. Alexander Dubcek brachte eine ganz neue Kultur in das politische Geschehen ein. In einer seiner Reden formulierte er seine politische Ziel mit den Worten, er wolle einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ aufbauen.

Was in diesen Monaten in der Tschechoslowakei passierte, war so vorher noch nicht da gewesen. In der Partei wurden die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Probleme und Schwierigkeiten offen diskutiert, Zeitungen und Fernsehen berichteten ungeschminkt darüber, in der Bevölkerung wurden diese Diskussionen aufgenommen und weitergeführt. Ein ganzes Volk machte sich auf den Weg in eine erwartungsvollere Zukunft.

Als am 12. Mai 1968 in Prag das alljährliche Musikfestival „Prager Frühling“ mit der Tondichtung von Smetana „Mein Vaterland“ eröffnet wurde, einige Tage später dann von Vivaldi die „4 Jahreszeiten“ aufgeführt wurden, hatte diese politische Bewegung von diesem Festival ihren prägenden Namen bekommen: „Prager Frühling“.

Spätestens nach der Veröffentlichung der „2000 Worte“ am 27. Juni bekam dieser zunächst allein von der Partei in Gang gesetzte Prozess eine immer stärkere Eigendynamik und setzte Hoffnungspotentiale frei, die weit über die Grenze der CSSR hinaus gingen und auch in anderen sozialistischen Staaten zu neuer Hoffnung Anlass gaben.

Sie wirkten auch weit in die DDR hinein. Immer mehr Menschen reisten dorthin und überzeugten sich selber von den neuen und unverhofften Möglichkeiten menschlicher und politischer Freiheit. Diese Erfahrungen waren wie ein Virus, der sich immer stärker in allen Schichten der Bevölkerung ausbreitete.

Anfang Juli begannen überall in der DDR die Ferien und Urlaubspläne wurden geschmiedet. Viele Menschen, vor allem auch junge, machten sich besonders in diesem Sommer in die CSSR auf. Der Prager Frühling war inzwischen in den Sommer gekommen und erste politische Früchte begannen zu reifen. Endlich konnte man sich für kurze Zeit aus dem eingemauerten Land wegbegeben und sich dem unmittelbaren Zugriff der repressiven Machtinstrumente des Staates entziehen. Das war nach dem Schock des Mauerbaus 1961 und der totalen Abriegelung in Richtung Westen das erste Mal, wieder freier durchatmen zu können. Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit konnte man hier mit Händen greifen und sich wieder daran erfreuen.

Aber dann wurde in der Nacht vom 20. zum 21. August dieser hoffnungsvolle Weg in eine größere Freiheit mit einem brutalen Militärakt abrupt beendet.

Ich möchte ihnen an meinem persönlichen Beispiel einmal einen etwas intensiveren Einblick in dieses Geschehen geben.

Da ich seit November 1967 als Bausoldat in der nationalen Volksarmee eingezogen war, hatte ich leider nicht das Glück, diese Möglichkeiten wie viele andere DDR-Bürger auch auszuschöpfen.

Im Sommer 1968 war ich in dem Zentralen Armeelazarett der Nationalen Volksarmee in Bad Saarow, einem Ort in der Nähe Berlins stationiert. Ich hatte dort einen relativ ruhigen Job als Lagerarbeiter in der Medizinischen Technik

Aber auch in der Armee verfolgten wir wie viele andere das politische Geschehen in der CSSR sehr intensiv mit. Wir hatten in unserer kleinen Unterkunft von 7 Bausoldaten trotz offiziellen Verbots keine Schwierigkeiten, jederzeit auch Westnachrichten zu hören und die politischen Prozesse zu verfolgen. Darüber hinaus war ich in einer sehr guten Lage, da ich eine deutschsprachige rumänische Tageszeitung „Neuer Weg“ abonniert hatte, in der täglich über die neuesten Entwicklungen in der CSSR sehr objektiv berichtet wurde. Denn Rumänien war damals neben Jugoslawien das einzige europäische sozialistische Land, das mit den Reformkräften in der CSSR unter der Führung von Dubcek sympathisierte, vermutlich nicht so sehr wegen des Demokratieprozesses als vielmehr wegen eines ähnlichen Strebens nach mehr Unabhängigkeit gegenüber Moskau. So konnte ich von Anfang an alle wichtigen Dokumente, Beschlüsse und Reden der tschechischen Reformer in vollem Wortlaut lesen und sie auch im Politunterricht als legale Quelle verwenden, nicht immer zur Freude unserer Politoffiziere.

Ich selber war damals wie viele andere auch ein großer Sympathisant dieses politischen Versuches, einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz zu gestalten, um so mehr, als er sich immer mehr zu einer wirklichen politischen Bewegung des ganzen Volkes ausweitete.

Den in vielem gingen meine Gedanken und Überlegungen in eine ähnliche Richtung. Diese hatten ihre Wurzeln in der biblischen Tradition der alttestamentlichen Propheten, in den Reich-Gottes-Visionen des Jesus von Nazareth und in den Gesellschaftsentwürfen des religiösen Sozialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Politik und Spiritualität waren für mich schon damals ein unauflösbares Ganzes.

Besorgt verfolgte ich in diesen Tagen den sich zuspitzenden Konflikt zwischen den 5 Warschauer Paktstaaten auf der einen Seite und den Prager Reformern auf der anderen, der besonders auch von der SED-Führung vorangetrieben wurde.

Und ich fürchtete immer stärker, dass sich alles mehr und mehr auf einen militärischen Eingriff hinbewegte, auch wenn nach außen hin politisch abgewiegelt wurde und Walter Ulbricht sogar noch am 12./13. August einen sogenannten Freundschaftsbesuch bei Dubcek in Karlovy Vary machte.

Denn in unserem Armeelazarett passierte zur gleichen Zeit etwas Entgegengesetztes. Mitten auf dem Innenhof des Armeelazaretts wurde ab Ende Juli ein Zug mit mehreren Waggons zu einem fahrbaren Lazarett mit Operationsräumen, Kranken- und Personalräumen hergerichtet, der nur für einen Militäreinsatz vorgesehen sein konnte. Das Ganze war natürlich streng geheim. Ab Anfang August durfte die gesamte Besatzung dieses ambulanten Lazarettzuges nicht mehr das Gelände verlassen, weil jederzeit mit einem

sofortigen Marschbefehl gerechnet werden konnte. Natürlich versuchten wir auch, mit den betroffenen Militärmedizinern, die wir besser kannten, im Gespräch Informationen zu bekommen. Doch die Ergebnisse waren sehr dürftig, weil auch sie nichts Rechtes wussten.

Leider konnte ich die Entwicklung in Bad Saarow bis zum 21. August nicht weiter verfolgen, weil ich am 10. August wegen politischer Unbotmäßigkeit wieder zu meiner alten Bausoldaten-Einheit nach Rövershagen in die Nähe Rostocks strafversetzt wurde. Hier waren wir im Wald in einem Zeltlager untergebracht und mussten auf einem Schießplatzgelände neue Unterkunftsräume für Soldaten bauen.

Dann kam der 21. August 1968.

Morgens um 5.30 Uhr riss uns alle eine Alarmsirene aus den Betten. Durch das Lager hallte der Befehl: 6 Uhr antreten zum Appell wegen einer wichtigen Nachricht. Hier hörten wir dann, wie ein Radiosprecher die unheilvolle Nachricht verkündete, dass sowjetische, polnische, deutsche, ungarische und bulgarische Truppen auf Grund eines Hilfeersuchens tschechoslowakischer Genossen in die CSSR einmarschiert seien. Wir waren hell entsetzt. Waren wir etwa auch für einen Einsatz vorgesehen? Wir erhielten sofort totale Ausgangs- und Urlaubssperre. Es erging weiterhin der Befehl, dass der Besitz eines Radios und das Hören von Westnachrichten ab sofort strengstens untersagt ist. Wer dem zuwiderhandelt, müsse mit einer hohen Strafe rechnen. Jetzt kam also zu den anderen Sperrern auch noch eine totale Informationssperre westlicher Nachrichten hinzu. Einen Tag später wurde dann auch noch meine Zeitung „Neuer Weg“ mit der Begründung konfisziert, dass ich bei der weiteren Lektüre möglicherweise in politisch-ideologische Schwierigkeiten kommen könnte. Davor wollten sie mich bewahren.

Was sollten wir also in dieser Situation machen? Sollten wir uns mit diesem Verbot abfinden und damit komplett darauf verzichten, auch weiterhin einen möglichst genauen Überblick über die sich überschlagenden Ereignisse zu bekommen? Doch ohne jegliche genaue Information über die weitere Entwicklung wollten wir auf keinen Fall bleiben.

Ich überredete also einen Mitsoldaten, der ein kleines Kofferradio hatte und es pflichtgemäß abgeben wollte, es mir lieber zu überlassen. Ich war bereit, vorsätzlich Befehlsverweigerung mit allen sich daraus ergebene Konsequenzen zu begehen.

Ich wickelte das Radio in einen Fußlappen und versteckte es dann in einen meiner Militärstiefel in unserem Schlafzelt. Zu jeder vollen Stunde zogen sich dann mit mir 4 weitere Bausoldaten möglichst unauffällig in unser Zelt zurück und ich

hörte, das Radio unter dem Kopfkissen versteckt, die neuesten Nachrichten. Während dessen schoben die anderen 4 an den Zeltfenstern Wache, damit wir nicht unvorhergesehen von einem Vorgesetzten überrascht werden.

Der Einmarsch der 5 sozialistischen Armeen veränderte bei mir langfristig und nachhaltig meine politischen Koordinaten. Er machte endgültig zunichte, was in mir noch an Vertrauensvorschluss zur Friedenspolitik der DDR-Staatsführung übriggeblieben war. Dieser Vertrauensvorschluss hatte mich während meiner Untersuchungshaft dazu geführt, meine ursprüngliche Entscheidung, den Wehrdienst total zu verweigern, zu korrigieren und dem zugeschickten Einberufungsbefehl zu folgen.

Der Einmarsch in die CSSR war für mich deshalb der größtmögliche Sündenfall der DDR-Friedenspolitik seit ihrer Staatsgründung.

Mit dieser gänzlich neuen und total veränderten Situation konfrontiert, musste ich jetzt sehr genau überlegen, welche nächsten Schritte ich nun zu tun hatte. Ich wollte in jedem Fall ein deutliches und unmissverständliches Zeichen geben, dass ich diesen Einmarsch als einen kriegerischen und völkerrechtswidrigen Akt ansehe, ihn total ablehne und mich von ihm distanzieren.

Mein erster Gedanke: Ich müsste eigentlich ab sofort meine aktive Armeezeit für beendet erklären und alle weiteren Befehle total verweigern. Damit wäre der Weg ins Gefängnis ohne wenn und aber vorprogrammiert.

Mein zweiter Gedanke: Gäbe es vielleicht auch eine weichere Variante, die in der Sache jedoch genau so eindeutig und unmissverständlich war?

Nach einem intensiven Ringen während der ganzen Nacht entschloss ich mich schließlich dazu, dem zweiten Gedanken zu folgen. Und so schrieb ich am 22. August an den damaligen Staatsratsvorsitzenden der DDR Walter Ulbricht folgenden sehr kurz gehaltenen Protestbrief:

„In den Morgenstunden des 21. August 1968 erfuhr ich vom Einmarsch sowjetischer, polnischer, deutscher, ungarischer und bulgarischer Truppen in die CSSR.

Ich bin tief bestürzt über diese Maßnahme und kann trotz reiflicher Überlegung nicht umhin, mich von ihr zu distanzieren.

Hochachtungsvoll

Heiko Lietz“

Diesen Brief schickte ich dann per Post nach Berlin an den Staatsrat.

Aber damit wollte ich mich noch nicht zufrieden geben.

In unserer Einheit wurde während dieser Tage nach dem Einmarsch hitzig diskutiert. Viele empfanden die Situation ähnlich bestürzend wie ich. Und so kamen wir nach ausführlicher und reiflicher Diskussion in einem vertrauten Kreis zu dem Entschluss, einen offenen Brief an die tschechoslowakische Botschaft in der DDR zu schreiben. Wir wollten ihnen, obwohl wir auch zu dieser Aggressionsarmee gehörten, unsere tiefe Sympathie nach diesem schockierenden Ereignis mit folgenden Worten mitteilen:

„Mit tiefer Bestürzung haben wir von dem Einmarsch sowjetischer, polnischer, deutscher, ungarischer und bulgarischer Truppen am 21. August 1968 in ihrem Land Kenntnis bekommen. Wir hatten die Entwicklung in ihrem Land seit dem Januar 1968 mit Interesse und großer Sympathie verfolgt. Denn was sie anstrebten, konnte dem Sozialismus nur nützlich sein. Um so deprimierter sind wir jetzt, da die Kontinuität dieser Entwicklung rapide unterbrochen wurde. In der Hoffnung, dass der Sozialismus in seiner wahren Tiefe und Größe doch das Bild der Zukunft prägen wird, grüßen wir das ganze tschechoslowakische Volk.“

Dann schickten wir diesen Brief ebenfalls per Post nach Berlin.

Ich wusste, in welche Gefahr ich mich damit als möglicher Rädelsführer einer solchen Aktion begeben. Aber das war für mich kein ausreichender Grund, dies nicht zu tun.

Ich erinnerte mich in diesen Tagen während unserer Aktionen sehr gut daran, wie wir unsere Elterngeneration nach dem 2. Weltkrieg gefragt hatten, was sie eigentlich 1938 bei dem Einmarsch deutscher Truppen in die damalige Tschechoslowakei getan haben.

Und wenn mich vielleicht viele Jahre später einmal meine Kinder fragen werden, was ich eigentlich 1968 getan habe, als wieder deutsche Truppen in die Tschechoslowakei einmarschiert sind, dann wollte ich zumindest nicht ohne Antwort bleiben.

Am Ende meiner Armeezeit war ich dankbar, dass ich diese Zeit ohne ernstere Strafmaßnahmen einigermassen unbeschadet überstanden hatte.

Vielen anderen Menschen erging es in der DDR bei ihren Protesten sehr viel schlimmer. In einem abschließenden Stasibericht war zu lesen, dass in der Zeit vom 21. 8. 1968 bis 30. 11. 1968 insgesamt gegen etwa 2500 Personen Ermittlungsverfahren wegen Straftaten im Zusammenhang mit dem Einmarsch in die CSSR eingeleitet wurden. Davon waren allein über 60% der Betroffenen zwischen 18 und 24 Jahren, die meisten davon neben Schülern und Studenten Arbeiter und Angestellte. Es wurden Flugblätter herbestellt und verteilt, Losungen an öffentliche Gebäude geschrieben oder auf Versammlungen offen

gegen den Einmarsch protestiert. Es reichte für ein Ermittlungsverfahren auch schon, wenn man sich in öffentlichen Räumen abfällig gegen diesen Einmarsch äußerte. In einigen Städten kam es sogar zu öffentlichen Demonstrationen. Unter den Zugeführten gab es auch viele junge Menschen, die aus hohen Funktionärsfamilien stammten wie etwa Erika Berthold, Thomas Brasch oder Anton Krahl.

Dieser 21. August war für mich so etwas wie eine kopernikanische Wende meiner politischen Entwicklung. In diesen Tagen begann ich, noch ernsthafter nach politischen Alternativen jenseits des real existierenden Sozialismus zu suchen. Dass ich schon damals den real existierenden Kapitalismus in keinem Fall als Alternative ansah, will ich hier nur der Vollständigkeit halber erwähnen.

3 Schlussfolgerungen zog ich damals aus diesem folgeschweren Ereignis:

1. Ich werde keiner staatlichen oder anderen Ideologie mehr über den Weg trauen und mich von keiner staatlichen Macht mehr in die Pflicht nehmen lassen.
2. Ich werde nicht resignieren, sondern den eingeschlagenen Kampf um eine freie und gerechtere Gesellschaft auch trotz dieser schmerzlichen Erfahrung weiterführen. Ich werde mich für eine Gesellschaft einsetzen, die sich der Menschenwürde verpflichtet weiß und in der die Menschenrechte in ihrer Unteilbarkeit geachtet und gewahrt werden. Meine Inspirationen aus der prophetischen Tradition der Bibel einschließlich der Visionen Jesu vom Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit würden mich dabei beflügeln.
3. Ich werde zusammen mit anderen ganz konkret eine Bewegung ins Leben rufen, die sich für die gesetzliche Anerkennung der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen stark macht. Andere junge Menschen sollen nicht in die Gewissensnöte geraten müssen, in die ich während meiner letzten Jahre gekommen bin.

Als sich in den 80-er Jahren die politischen Verhältnisse in der DDR weiter verhärteten, begannen wir uns in einer weltweiten Friedensbewegung erneut auf den Weg zu machen.

Der Prager Frühling war für viele von uns noch in lebhafter Erinnerung. Es sollten aber seit 1968 gut 20 Jahre ins Land gehen, ehe 1989 die Hoffnung auf bessere Zeiten plötzlich wieder mit Händen zu greifen war, weil sich die Verhältnisse zu ändern begannen. Wieder war ein neuer Aufbruch zu spüren, und

dieses Mal gingen wesentliche Impulse von Moskau selber aus. Das war neu und deshalb besonders beunruhigend für die Betonköpfe im Politbüro der DDR.

In der DDR hatte sich seit Anfang der 80-er Jahre eine immer stärker werdende politische Opposition entwickelt, die dann 1989 endgültig aus dem Schutzraum der Kirche heraustrat und den Staat öffentlich herausforderte.

In unterschiedlichen Aufrufen veröffentlichten die verschiedenen Gruppen ihre Ziele.

Im Aufruf der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ waren die Menschenrechte in ihrer Unteilbarkeit die eigentliche Basis aller gesellschaftlichen Entfaltung und der Garant menschlicher Freiheit.

Zurückhaltender war der Aufruf der Sozial Demokratischen Partei SDP. Er wollte anknüpfen an der politischen Tradition, die sich an Demokratie und sozialer Gerechtigkeit orientiert. Die Tradition des Sozialismus gehörte auch dazu, aber sie war in der Geschichte der letzten Jahrzehnte so diskreditiert worden, dass sie nicht mehr richtig erkennbar war.

Im Aufruf des NEUEN FORUM wurde ganz auf geschlossene gesellschaftliche Entwürfe verzichtet. Kommunikation und gesellschaftliche Teilhabe des Einzelnen an den politischen Prozessen waren zentrale Forderungen für eine gesellschaftliche Zukunft, in der Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zu ihrer vollen Entfaltung kommen sollten.

Am stärksten der Tradition des Prager Frühlings verhaftet war der Aufruf der Bürgerbewegung „DEMOKRATIE JETZT“. In ihm hieß es: Der Sozialismus muss nun seine eigentliche Gestalt gewinnen, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll. Er darf nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muss.“

Auch der Demokratische Aufbruch verzichtete auf große Gesamtkonzepte. Er strebte konkret ein Gesellschaft an, die demokratisch, ökologisch, sozial, antifaschistisch und gewaltfrei ist.

Die durchschlagendste Wirkung erzielte der Aufruf des NEUEN FORUM, den im September 30 Personen aus der politischen Oppositionsbewegung den Aufruf „Aufbruch 89 - NEUES FORUM“ veröffentlichten. Er wurde zum Fanal für die friedliche Revolution. In wenigen Wochen hatten ihn Zehntausende unterschrieben.

Die Autoren riefen zu einem demokratischen Dialog über die Aufgaben des Rechtsstaats, der Wirtschaft und der Kultur auf. Dieser Dialog sollte in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land geführt werden. Dafür sollte eine politische Plattform für die ganze DDR gebildet werden, die sich den Namen NEUES FORUM gibt. Eingeschlossen in diesen Dialog waren alle Menschen guten Willens, woher auch immer sie kamen. Sie wurden ermuntert, selber aktiv an der

Umgestaltung der Gesellschaft mit zu wirken. Aber im Vergleich zum Prager Frühling war hier nicht die staatstragende Partei der Motor der Veränderung und Erneuerung, sondern es waren die Bürger selber. Und da die SED sich mit aller Kraft gegen die Veränderung des Status quo wehrte, musste es schließlich zur Machtfrage kommen. Sie wurde in einem atemberaubenden Prozess in einer gewaltfreien Revolution auf der Straße entschieden. Mit dem Ruf „Wir sind das Volk“, holte sich dieses Volk als Souverän die Macht zurück. Mit allem hatten die Machthaber gerechnet, nicht aber mit Gesang und Kerzen. Und dieses Mal blieben die sowjetischen Panzer in den Kasernen. Wie sagte Gorbatschow damals zu recht: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

Und so ist der Prager Frühling trotz seiner kurzen Geschichte doch ein großes politisches Wetterleuchten gewesen, das schon frühzeitig ankündigte, wohin einmal die Reise gehen könnte, weit über das Ziel dessen hinaus, was Dubcek und seine Genossen damals mit ihren begrenzten Möglichkeiten und Sichtweisen anstrebten.